

Stellungnahme GAS CONNECT AUSTRIA GmbH:
GMMO-VO 2020 zur Umsetzung des weiterentwickelten
Bilanzierungsmodells

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur laufenden Konsultation „GMMO-VO 2020 zur Umsetzung des weiterentwickelten Bilanzierungsmodells“ Stellung nehmen zu können.

Grundsätzlich wollen wir vorausschicken, dass unsere generellen Bedenken gegen die Systemumstellungen im Laufe des Stakeholderprozesses mehrmals und ausreichend vorgebracht wurden und an dieser Stelle keine Wiederholung notwendig erscheint, da diese als bekannt vorausgesetzt werden. Teilweise hat sich allerdings nach der Vorlage des VO-Entwurfes unsere Vermutung erhärtet, dass diese Bedenken, sofern sie versprochene Vereinfachungen betrafen, nunmehr tatsächlich nicht eintreten werden. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit Kunden, die die österreichische Transportinfrastruktur nur für Zwecke des „Durchfahrens“ verwenden. Ganz im Gegenteil: auf diese kommen einige Neuerungen zu, die zusätzliche administrative Hürden beinhalten, sogar erhöhte Kosten drohen.

Da wir aus ersten Rückmeldungen allerdings davon ausgehen, dass diesen Bedenken jetzt nicht mehr Rechnung getragen werden kann, da das Modell als ganzes mehr oder weniger „beschlussreif“ ist, möchten wir mit unserer Stellungnahme hinsichtlich der konkreten Bestimmungen konstruktive Vorschläge machen. Dazu teilen wir wie folgt mit:

1 § 2 ABS 2 Z 9 / GEBÜNDELTE NOMINIERUNG

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	§ 2 Abs 2 Z 9: 1. „gebündelte Nominierung“ eine einheitliche Nominierungserklärung für einen gebündelten Buchungspunkt;
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Es gibt keine gebündelte Nominierung, sondern eine „single sided“ Nominierung, weil es zwei separate Verträge mit zwei Fernleitungsnetzbetreibern gibt..

2 § 2 ABS 2 Z 10 / GEBÜNDELTEN BUCHUNGSPUNKT

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 2 Abs 2 Z 10:</p> <p>2. „gebündelter Buchungspunkt“ eine Zusammenfassung eines buchbaren Ausspeisepunktes und eines buchbaren Einspeisepunktes zweier benachbarter Marktgebiete, an denen Netznutzer gebündelte Kapazität buchen können;</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Es ist weder kommerziell noch operativ erforderlich und ebensowenig rechtlich geboten, eine neue Begrifflichkeit einzuführen, welche weder im GWG noch im NC CAM existiert. Letzterer definiert in Art 19(1) zudem ausdrücklich, dass die gesamte verbindliche Kapazität „auf beiden Seiten eines Kopplungspunkts“ gebündelt anzubieten ist. Diese Auftrennung schließt die Existenz eines „gebündelten Buchungspunktes“ aus.

3 § 5 ABS 1 / KAPAZITÄTSVERSTEIGERUNG

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 5 Abs 1:</p> <p>„... die eine Buchungsplattform gemäß Art. 37 ...“</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gemäß aktueller Formulierung gibt es nur eine Buchungsplattform. In der Praxis verwenden wir bereits zwei, PRISMA und RBP. Daher solle hier präzisiert werden und entweder die Mehrzahl oder das unbestimmte Zahlwort „eine“ verwendet werden.

4 § 5 ABS 3 / ANGEBOTE GEBÜNDELTEN KAPAZITÄT MAXIMIEREN

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 5 Abs 3:</p> <p>Um das Angebot an gebündelter Kapazität zu maximieren, können Fernleitungsnetzbetreiber gebündelte oder ungebündelte Kapazitätsprodukte auch mit Zuordnungsaufgaben anbieten.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Eine Angebotsmaximierung von gebündelten Kapazitätsprodukten durch ungebündelte Kapazitätsprodukte ist nicht nachvollziehbar.

5 § 7 / SONDERREGELUNGEN FÜR VIRTUELLE NETZKOPPLUNGSPUNKTE

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	§ 7: Sonderregelung für virtuelle Netz Grenz kopplungspunkte
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Da in weiterer Folge Regelungen für virtuelle Grenzkopplungspunkte getroffen werden, wird die Überschrift konsequenter Weise ebenfalls diesen Terminus verwenden müssen. ■ Die Streichung der Passagen „<i>Dies gilt jedoch nicht für Kapazität, die aus der Rückgabe von gebuchter Kapazität an einem Grenzkopplungspunkt verfügbar wird.</i>“ sowie „<i>(2) Vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossene Kapazitätsverträge bleiben unverändert auf Grenzkopplungspunkte bezogen. Diese Kapazitätsverträge können jedoch auf Wunsch des Netzbetreibers in vollem Umfang und für die gesamte verbleibende Vertragsdauer an den jeweiligen virtuellen Grenzkopplungspunkt verlagert werden.</i>“ ist problematisch. Die Diskriminierung von Transportkunden bei der Wiedervermarktung sowie das FNB-Risiko von Vertragsausstiegen bleibt ja, sofern ein vNKP vGKP eingerichtet würde, unverändert aufrecht. GCA begehrt zudem die Aufnahme einer Bestimmung, wonach die o.a. Passagen sinngemäß auch für den Fall einer Zusammenlegung von existierenden maßgeblichen Punkten gelten.

6 § 8 ABS 5 / KAPAZITÄTS- UND NOMINIERUNGSBÜNDELUNG

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	§ 8 Abs 5: Die Nominierung muss für jede Flussrichtung einzeln abgegeben werden. Die Nominierung von gebündelter Kapazität erfolgt durch Abgabe einer gebündelten Nominierung.
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Es gibt weder eine gebündelte Kapazität noch eine gebündelte Nominierung. ■ Art 19(7) NC CAM kennt bereits das „gemeinsame Nominierungsverfahren“, welches GCA auch eingerichtet hat. Die Begrifflichkeit der „gebündelten Nominierung“ ist daher redundant und also nicht erforderlich.

7 § 9 Abs 1 / ZUORDNUNG VON KAPAZITÄTEN ZU BILANZGRUPPEN

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	§ 9 Abs 1: Voraussetzung für die Nominierung von Gasmengen Kapazitäten an Ein- oder Ausspeisepunkten ...
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Es werden Kapazitäten und keine Gasmengen nominiert.

8 § 9 Abs 2 / BILANZGRUPPEN-EINBRINGUNG VON KURZFRISTIG GEBUCHTEN KAPAZITÄTEN

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	§ 9 Abs 2: Kurzfristig gebuchte Kapazitäten (Tages-Standardkapazitätsprodukte und untertägige Standardkapazitätsprodukte gemäß Art. 9 Abs. 5 und 6 der Verordnung (EU) Nr. 2017/459) sind unverzüglich in Bilanzgruppen einzubringen.
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Dies widerspricht der im GWG vorgeschriebenen Trennung von Kapazitätsbuchung und –nutzung.

9 § 13 Abs 1 / KAPAZITÄTSMANAGEMENT IM VERTEILERGEBIET

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	§ 13 Abs 1: „Der MVGM vereinbart einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem jeweiligen Fernleitungsnetzbetreiber die an den Ein- und Ausspeisepunkten des jeweiligen Fernleitungsnetzes zu den Verteilernetzen ...“
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Das Kapazitätsmanagement wird in beiden Richtungen durch den MVGM wahrgenommen.

10 § 14 Abs 1 / PRODUKTQUALITÄTEN

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 14 Abs 1:</p> <p>Speicherunternehmen vereinbaren einmal jährlich für das jeweils folgende Kalenderjahr mit dem Netzbetreiber, an dessen Netz die Speicheranlage angeschlossen ist (oder angeschlossen werden soll), die für die Ein- und Ausspeicherung maximal erforderliche Kapazität. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, die zuletzt gebuchte feste Kapazität für das Folgejahr dauerhaft vorzuhalten. Kommen Speicherunternehmen der Aufforderung der Netzbetreiber zur Kapazitätsbuchung nicht innerhalb der von den Netzbetreibern gesetzten angemessenen Frist nach, ist die zuletzt gebuchte Kapazität des jeweiligen Speicherunternehmens für das Folgejahr zugrunde zu legen. Eine Reduktion von mehr als zehn Prozent der jährlichen Buchung von fester Kapazität gegenüber der zwischen dem Speicherunternehmen und dem Netzbetreiber für das betroffene Jahr vereinbarten festen Kapazität ist nur in jenem Umfang möglich, in dem diese feste Kapazität im Marktgebiet wirtschaftlich gleichwertig vermarktet werden kann. Die Reduktion der jährlichen Buchung von unterbrechbarer Kapazität gegenüber der zwischen dem Speicherunternehmen und dem Netzbetreiber für das betroffene Jahr vereinbarten unterbrechbaren Kapazität ist nicht durch die Bedingung einer wirtschaftlich gleichwertigen Vermarktung im Marktgebiet limitiert. Eine derartige unterbrechbare Kapazität befindet sich in jener Klasse, welche die größte Unterbrechnungswahrscheinlichkeit reflektiert und keine Refundierung vorsieht. Bei ausschließlich von einem einzelnen Speicherunternehmen initiiertem Kapazitätserweiterungsprojekt ist eine Reduktion der jährlichen Buchung nur nach Maßgabe des Kapazitätserweiterungsvertrags möglich. Eine Erhöhung der jährlichen Buchung gegenüber der bisher erforderlichen Kapazität ist im Wege des Netzzugangsantrags gemäß § 11 möglich. Kapazitätserhöhungen von bestehenden Buchungen für die Dauer von mindestens einem Monat bis zu zwei Jahren erhöhen nicht die Berechnungsgrundlage für die maximal mögliche jährliche Reduktion der Buchung, sind jedoch von den Netzbetreibern dementsprechend nicht dauerhaft vorzuhalten.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einschub dient der Klarstellung, ausschließlich feste Kapazität ist vom Netzbetreiber vorzuhalten. Dies ist in den betreffenden UK-Verträgen entsprechend anzupassen.

11 § 14 Abs 3 / VERWEIS FÜR FERNLEITUNG AUF VERTEILERNETZ-BESTIMMUNGEN

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	<p>§ 14 Abs 3:</p> <p>Die Bestimmungen gemäß §§ 11 und 12 gelten sinngemäß auch für Speicherunternehmen, deren Speicheranlagen an ein Fernleitungsnetz angeschlossen sind.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bestimmungen, die ausschließlich auf das Verteilernetz abzielen, können nicht für das Fernleitungsnetz gelten.

12 2. ABSCHNITT UND 3. ABSCHNITT

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	<p>2. Abschnitt</p> <p>Engpassmanagement im Fernleitungsnetz</p> <p>3. Abschnitt</p> <p>Allgemeine Regelungen zum Netzzugang im Verteilernetz</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ In den bestehenden IT-Systemen sind Berechnungen und Bezeichnungen enthalten, die in Präfixen auf § 11 bzgl. Use-it-or-Lose-it abstellen und daher möglichst beibehalten werden sollten, um keine Zusatzkosten zu verursachen. Nachdem der VO-Entwurf dieses Vertauschen leicht ermöglicht, ohne die Systematik zu ändern, ersuchen wir um Übernahme dieses Änderungsvorschlages, weil damit unnötige Kosten gespart werden könnten

13 MENGENEINHEITEN (§ 18 Abs 4)

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	<p>§ 18 Abs 4</p> <p>(4) Die Marktgebietsbilanzierung ist jeweils pro Bilanzgruppe für alle nominierten sowie gemessenen Gasmengen im Marktgebiet abzuwickeln und erfolgt in Energieeinheiten (kWh oder MWh). [...]</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Es sollte kein Spielraum für andere Formate eröffnet werden, da die Abwicklung in kWh üblich ist. ■ So ist das auch in allen europarechtlichen Dokumenten so vorgesehen. ■ Daher bitte diese alte Bestimmung streichen, da sie lediglich zu zusätzlichen Abwicklungsschwierigkeiten/Umrechnungs- und IT-Aufwänden führen würde.

14 ANWENDBARER GRENZANKAUFSPREIS (§ 22 ABS 3)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 22 Abs 3</p> <p>(3) Wenn die Tagesunausgeglichenheit einer Bilanzgruppe negativ ist (d.h. die Einspeisungen des jeweiligen Gastages hinter den Ausspeisungen zurückbleiben) wird der Grenzankaufspreis angewendet. Dieser ergibt sich als der niedrigere-höhere der beiden folgenden Preise: [...]</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der höchste Preis aller physikalischen Ausgleichsenergiever-käufe gemäß § 28 Abs. 2 Z 1 für den jeweiligen Gastag, oder [...]
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Der Anreiz kann nur gegeben sein, wenn der Grenzpreis über den Einkaufspreisen liegt und die Ausgleichsenergiekäufe zugrunde gelegt werden.

15 CLEARING-ENTGELT (§ 24 ABS 4)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 24 Abs 4</p> <p>(4) Im Rahmen des ersten Clearings gemäß Abs. 2 kommt auch das Clearingentgelt gemäß § 89 GWG 2011 zur Abrechnung. Mengenmäßige Grundlage dafür ist die Summe sämtlicher Allokationskomponenten der Bilanzgruppe für einen Gastag gemäß § 21 Abs. 1. Eine Aufrollung im Rahmen zweiten Clearings gemäß Abs. 3 ist vorzusehen.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sprachliche Ergänzung, siehe auch Anmerkungen zu den Erläuterungen.

16 ALLGEMEINE ANMERKUNGEN ZU § 26

ANMERKUNGEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Abgesehen von der nachstehenden Änderung ist der vorliegende Vorschlag zu begrüßen. ■ Sollte § 26 grundlegend geändert werden, dann muss dabei berücksichtigt werden, dass niemals die Fernleitung davon umfasst sein darf. Dort gelten andere Regeln zu den OBAs, die in Interconnection Agreements geregelt werden und hinsichtlich derer bei jeder Änderung umfassende Konsultationen durchzuführen wären. Auch in der Verteilernetzebene besteht kein Änderungsbedarf.
--------------------	---

17 NETZBILANZIERUNG FL (§ 26 Abs 10):

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 26/10 und § 26/11 (neu)</p> <p>(10) Die Netzbilanzierung der Fernleitungsnetze erfolgt eigenverantwortlich durch die Fernleitungsnetzbetreiber und ohne Einbindung der Bilanzierungsstelle. Dafür ermittelt der Fernleitungsnetzbetreiber stündlich eine Gesamt-Bilanz für sein Netz auf Basis der Nominierungen. Ein sich aus dieser Ermittlung ergebender positiver Nominierungssaldo ist zeitnah an den MVGM in kind zu retournieren. Ein sich aus dieser Ermittlung ergebender negativer Saldo ist zeitnah vom MVGM an den Fernleitungsnetzbetreiber in kind zu retournieren. Voraussetzung für die Ermittlung dieses Nominierungssaldos ist es, dass der Fernleitungsnetzbetreiber an den Übergangspunkten zwischen Fernleitungsnetz und Verteilernetz Nominierungen vom MVGM rechtzeitig erhält.</p> <p>(11) Die Fernleitungsnetzbetreiber stellen der Bilanzierungsstelle, soweit erforderlich, und den Verteilernetzbetreibern gemäß § 32 Abs 5 Z 4 alle für die Netzbilanzierung der Verteilernetze erforderlichen Informationen in geeigneter Form bereit.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Schon im Stakeholderprozess wurde diskutiert, dass Fernleitungsnetzbetreiber aufgrund der anderen Ausgangsvoraussetzungen anders als Verteilernetzbetreiber zu behandeln und selbst für die Netzbilanzierung zuständig sind. Aus Gründen der Transparenz gibt es daher ein Konto (lt. veröffentlichter TAG/GCA-Präsentation „+/- Nominierungssaldo“), in dem angeführt ist, wieviel Gas jeweils zwischen Fernleitungsnetzbetreiber und MVGM „geschuldet“ ist und „in kind“ zeitnah retourniert werden muss. Dieses Ergebnis ergibt sich unseres Erachtens aus der vorliegenden Formulierung gemäß § 26/10 GMMO-VO Erachtens nicht. ■ Wir schlagen daher die oben angeführte Formulierungsänderung vor. ■ Die Detailregelungen dazu würden die Grenzen eines Verordnungsentwurfes sprengen, daher schlagen wir vor, dass dies der Vereinbarung zwischen Fernleitungsunternehmen und MGVM vorbehalten bleibt und nur die grundsätzlichen Verpflichtungen in der Verordnung verankert werden. ■ Hinsichtlich Datenübermittlung erfolgt eine Formulierungsanpassung an § 32/5 Z 4, insbesondere im Hinblick darauf, dass der Fernleitungsnetzbetreiber dies eigenverantwortlich durchführt, würde die Datenübermittlung an die Bilanzierungsstelle nur zusätzlichen Aufwand verursachen.

18 EINSATZ VON NETZPUFFER (§ 27)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 27 Abs 2</p> <p>(2) Der MVGM ermittelt anhand der von den Fernleitungsnetzbereibern stündlich gemäß § 32 Abs 5 Z 2 und auf der Basis der ihm von den Verteilernetzbetreibern zur Verfügung gestellten Daten den nutzbaren Netzpuffer des Marktgebiets. und definiert in Abstimmung mit den Fernleitungsnetzbetreibern die jeweilige Ober- und Untergrenze der Netzpufferung (Linepack) für das Marktgebiet.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Der Netzpuffer des Marktgebietes setzt sich aus dem Verteilernetzgebietnetzpuffer und dem Fernleitungsgebietnetzpuffer zusammen. Dies wurde durch die Berechnungen der AGGM im Stakeholderprozess aufgezeigt. Der vorliegende Formulierungsvorschlag zum Marktgebiet muss daher auch den Verteilernetzgebietnetzpuffer formal umfassen. ■ Leider werden in dieser Bestimmung Begrifflichkeiten nicht exakt abgebildet. Aus unserer Sicht stellt das Linepack einen absoluten Wert dar (= Leitungsinhalt). In den Erläuterungen kommt ein weiterer Begriff hinzu und zwar die „Netzatmung“. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Begrifflichkeiten nachstehendes bedeuten und ggf. in den Erläuterungen auch klarzustellen wären. Insbesondere der im Zusammenhang mit dieser VO relevante Begriff „nutzbarer Netzpuffer“ (und eben nicht das „Linepack“) stellt jene Menge dar, die die Fernleitungsnetzbetreiber stündlich berechnen und die dem MVGM für den Ausgleich kurzfristiger Druckschwankungen sowie zur Überbrückung der Strukturierungserfordernisse im Marktgebiet bis zur physikalischen Erfüllung seiner allfälligen Ausgleichsenergieabrufe zur Verfügung gestellt werden kann. Wie hoch der Wert dazu ist, muss von den Fernleitungsnetzbetreibern ermittelt werden. Dies hängt nämlich von vielen weiteren technischen Faktoren ab und steht mit dem Betrieb der Fernleitung in unmittelbarem Zusammenhang.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 27 Abs 3</p> <p>(3) Der MVGM nutzt den Netzpuffer des Marktgebiets in Abstimmung mit den Verteiler- und Fernleitungsnetzbetreibern für den Ausgleich kurzfristiger Druckschwankungen sowie zur Überbrückung der Strukturierungserfordernisse im Marktgebiet bis zur physikalischen Erfüllung seiner allfälligen Ausgleichsenergieabrufe. Der vom MVGM ermittelten Verteilergebietsnetzpuffer wird vorrangig vor der Fernleitungsnetzpuffernutzung herangezogen.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Im Stakeholderprozess wurde von AGGM aufgezeigt, dass vorrangig der von AGGM ermittelte Netzpuffer des Verteilergebiets herangezogen werden kann. AGGM kann dies aufgrund der ihr vorliegenden und abgestimmten Daten der Verteilernetzbetreiber autonom errechnen. Dies wird durch die im VO-Entwurf vorgeschlagene Formulierung des Abs. 3 allerdings nicht abgebildet. Wir schlagen daher die Umformulierung vor. ■ Bedenkt man, dass die Toleranzbänder für die Endkunden im Verteilergebiet entsprechend groß gewählt wurden, erscheint diese vorrangige Heranziehung des Verteilergebietsnetzpuffers jedenfalls gerechtfertigt.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 27 Abs 4</p> <p>(4) Die Fernleitungsnetzbetreiber sind verpflichtet, das maximal technisch mögliche Volumen sowie die maximale Ein- und Auspufferleistung des Netzpuffers der Fernleitungen, unter Berücksichtigung der Netzintegrität für den MVGM nutzbar zu machen. Um den Fernleitungsnetzbetreibern die Berechnung zu ermöglichen, nominiert der MVGM beim Fernleitungsnetzbetreiber stündliche Werte für die von ihm geplante Netzpuffernutzung in der Fernleitung.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Formulierung des VO-Entwurfes würde dazu führen, dass Verschlechterungen in der Nutzbarkeit des Netzpuffers nicht auszuschließen sind, weil es derzeit keine stündlichen Einschränkungen für den MGVM bei der Nutzung des verfügbaren Fernleitungsnetzpuffers gibt. Derzeit kann der MVGM selbst bestimmen, ob und wann er das Volumen in Anspruch nimmt bzw. eben alles auf einmal beansprucht. ■ Die Ein- und Auspufferleistung ist durch die zur Verfügung stehenden Kapazitäten zwischen Fernleitung und Verteilergebiet gegeben. Unter der maximalen Leistung verstehen wir eine Stundenrate. Diese entspricht der tatsächlichen Nutzung durch den MVGM. Damit Fernleitungsnetzbetreiber allerdings die geplante Nutzung des Netzpuffers durch den MVGM berücksichtigen können, ist es notwendig, dass dies weiterhin durch die Übermittlung von Nominierungen von MVGM an Fernleitungsnetzbetreiber signalisiert wird. ■ Somit sollte unbedingt das jetzige Prozedere auch im VO-Text entsprechend abgebildet werden, sodass zukünftig weiterhin der nutzbare Netzpuffer volumsmäßig angegeben wird. ■ Nur so kann letztlich sichergestellt werden, dass der „punktgenaue“ Nutzen beim MVGM bestehen bleibt.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 27 Abs 5</p> <p>(5) Der Umfang und die Umstände der Nutzung des Netzpuffers sind ist durch die Fernleitungsnetzbetreiber bzw. die Umstände der Nutzung des Netzpuffers sind durch den MVGM angemessen zu dokumentieren. Der MVGM und die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichten sich, die Salden der Netzpuffer- bzw. OBA-Konten sowie den entsprechenden Nominierungssaldo gemäß § 26/10 im Wege der Nutzung des jeweiligen Netzpuffers oder von Ausgleichsenergieabrufen gemäß § 28 zeitnah zurückzuführen.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Der Fernleitungsnetzbetreiber hat Konten zu führen und das sollte entsprechend abgebildet werden: <ul style="list-style-type: none"> ■ das Netzpufferkonto ■ das OBA-Konto ■ den Nominierungssaldo (vgl. Anmerkungen zu § 26/10 oben) ■ Dem Fernleitungsnetzbetreiber ist es nicht möglich, die Umstände der Nutzung des Netzpuffers zu erkennen. Somit kann dies durch den Fernleitungsnetzbetreiber nicht angemessen dokumentiert werden und die oben angeführte Streichung ist notwendig. Eventuell wäre zu überlegen, die angemessene Dokumentation der Umstände der Nutzung über eine Ergänzung der Datenzurverfügungstellung beim MVGM in § 32/10 anzuführen.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 27 Abs 6</p> <p>(6) Die Vorhaltung und der Einsatz von Regelenergie aus Netzkopplungsverträgen werden weder bilateral zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern sowie zwischen Fernleitungsnetzbetreibern und Verteilernetzbetreibern noch vom MVGM bzw. von der Bilanzierungsstelle vergütet. Bei Überschreiten von in Netzkopplungsverträgen definierten Limits und Toleranzen sind die Salden der OBA-Konten zeitnah zurückzuführen.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Diese Wiederholung ist nicht notwendig. Die Rückführung wird bereits in Absatz 5 geregelt.

19 EINSATZ VON PHYSIKALISCHER AUSGLEICHSENERGIE (§ 28)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 28 Abs 2</p> <p>Physikalische Ausgleichsenergie muss-soll vorranging in Form folgender, nach Priorität gereihter Bilanzierungsinstrumente beschafft werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über den Handel von standardisierten Produkten an der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt; 2. über Standardprodukte der Merit Order List gemäß § 29 Abs. 2 Z 1; 3. über Flexibilitätsprodukte der Merit Order List gemäß § 29 Abs. 2 Z 2. <p>Wenn in der jeweiligen Prioritätsstufe bezogen auf einen vom MVGM als relevant eingestuften Zeitraum keine entsprechenden Angebote verfügbar sind oder lokationsabhängige oder kurzfristige Produkte zum Erhalt des störungsfreien Betriebs vom MVGM benötigt werden, kann dieser auf die jeweils nächste Prioritätsstufe zugreifen und dortige Angebote abrufen. Dies gilt auch, wenn die Angebote an der Erdgasbörse jene der Standardprodukte und/oder Flexibilitätsprodukte der Merit Order List übertreffen.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sollte es Fälle geben, wo bereits am Vortag abgegebene Angebote günstiger sind als Withinday, wäre dies wirtschaftlicher.

20 BEDINGUNGEN FÜR DIE ERBRINGUNG VON AUSGLEICHS- LEISTUNGEN IM RAHMEN DER MERIT ORDER LIST (§ 30)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 30 Abs 3</p> <p>Im Rahmen des Registrierungsprozesses muss das Bilanzgruppenmitglied nachweisen, dass es über geeignete Flexibilisierungspotentiale wie einsetzbare Speichermengen, Gasmengen an Ein- oder Ausspeisepunkten des Marktgebietes oder Endverbraucher mit einer vertraglich vereinbarten Leistung von mehr als 10.000 kWh/h verfügt, an deren Zählpunkt online gemessen wird und eine online Datenübermittlung an den MVGM erfolgt. Der Ausgleichsenergieanbieter hat der Bilanzierungsstelle mitzuteilen, an welchen Punkten er Ausgleichsenergie anbieten wird.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Streichung, da ein physikalischer Nachweis einzelner Gasmengen hier nicht möglich ist und ohnehin Mengenbewegungen über standardisierte Produkte an der Erdgasbörse in Kombination mit untertägiger Kapazitätsbewirtschaftung möglich sind.

21 EINKÜRZUNG VON NICHT MARKTBASIERT BEHERRSCHBAREN UNAUSGEGLICHENHEITEN (§ 31)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	§ 31 Abs 1 [...] ihren vorläufigen Tagesunausgeglichheiten gemäß § 33 Abs. 2 e-der-und [...]
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, Einkürzungen von Bilanzgruppen nur auf Basis einer Beurteilung bis zum Ende des Gastages sinnvoll durchführen zu können. Mit dem vorliegenden Verordnungstext im Entwurf wird dies nicht erreicht, weshalb wir die Umformulierung vorschlagen. ■ Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Stunden bis zum Ende des Tages entsprechend prognostiziert werden, d.h., dass es nicht ausreichend sein kann, wenn „nur“ Z1 erfüllt ist, sondern es müssen Z1 UND Z2 erfüllt sein, damit man die Stunden bis zum Gastagsende umfasst. D.h., die Summenbildung kann aus unserer Sicht nur über ein „und“ erzielt werden.

22 DATENBEREITSTELLUNG DURCH BGVs (§ 32 ABS 3)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	§ 32 Abs 3 Z. 6 (neu) 6. die Übermittlung der Nominierung für Einspeisemengen aus erneuerbaren Gasen an den MVGM
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Im vorliegenden VO-Entwurf fehlen diese Nominierungen. Systemkonform sind diese mit einer Verpflichtung zur Bereitstellung an den MVGM zu ergänzen.

23 DATENBEREITSTELLUNG DURCH DEN FLU (§ 32 Abs 5)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 5 Z. 2</p> <p>2. die Übermittlung von stündlichen Informationen über den für das Marktgebiet gemäß § 27 Abs 4 nutzbaren Netzpuffer der Fernleitungen in Form der maximalen stündlichen Ein- und Auspufferungsleistung sowie des nutzbaren Netzpuffervolumens unter Berücksichtigung der Netzintegrität sowie vertraglicher Verpflichtungen an den MVGM</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Der MVGM kann selbst bestimmen, ob, mit welcher Leistung und über welchen Zeitraum hinweg er das Volumen ausschöpft. Eine Limitierung der Leistung durch den TSO wäre eine Einschränkung des MVGM. ■ Vgl. auch Anmerkung oben zu § 27/4. ■ Da das nutzbare Netzpuffervolumen immer vom jeweiligen Betriebszuständen des Fernleitungsnetzes, basierend auf vertraglichen Verpflichtungen, abhängig ist, muss dies auch rechtlich entsprechend Berücksichtigung finden und daher die oben angeführte Ergänzung vorgenommen werden.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 5 Z. 4</p> <p>4. die laufende und unmittelbare Übermittlung von Volumen und Energie aller für die Netzbilanzierung gemäß § 26 relevanten Informationen in erforderlicher Granularität und Taktung an angrenzende Verteilernetzbetreiber und, soweit erforderlich, die Bilanzierungsstelle zur Ermöglichung der Verteilernetzbetreiber-Netzbilanzierung gemäß § 26</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zur Klarstellung, um welche Daten und für welchen Zweck es sich hier handelt, schlagen wir eine Umformulierung vor ■ Auf Fernleitungsebene wird ohnehin schon immer mit IST-Messwerten gearbeitet, daher können Fernleitungsnetzbetreiber zu einer weiteren Verbesserung nichts beitragen und die Verpflichtungen sollten daher auch entsprechend gleich bleiben.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 5 Z. 5</p> <p>5. die laufende und unmittelbare Übermittlung von Volumen und Energie pro Ein- und Ausspeisepunkt in das/aus dem Verteilergebiet zur stündlichen Brennwert-Messdatenermittlung an den MVGM stündlichen Brennwert-Messdaten an den MVGM zum Zwecke der Online-Simulation und Interpretation von Brennwerten gemäß Abs. 10 Z 6</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Formulierung des VO-Entwurfes ist überschießend, insbesondere durch den Verweis auf Abs. 10 Z 6. Dies muss entsprechend klargestellt werden. ■ Mit unserem Formulierungsvorschlag wäre eindeutig geklärt, um welche Daten es sich konkret handelt.

24 DATENBEREITSTELLUNG DURCH DEN VNU (§ 32 ABS 9)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 9 Z. 11</p> <p>3. die laufende und unmittelbare Übermittlung von Volumen und Energie an den Netzgrenzen der Netzebene-1-Verteilerleitungen zur stündlichen Brennwert-Messdatenermittlung aller für die Netzbilanzierung gemäß § 26 relevanten Informationen in erforderlicher Granularität und Taktung an die Bilanzierungsstelle und, soweit erforderlich, angrenzende Verteilernetzbetreiber</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zur Klarstellung, warum und welche Daten übermittelt werden, schlagen wir eine Umformulierung vor ■ Mit unserem Formulierungsvorschlag wäre eindeutig geklärt, um welche Daten es sich konkret handelt.

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 9 Z. 12</p> <p>4. Die Übermittlung aller für die Online-Simulation und Interpretation von Brennwerten gemäß Abs 10 Z 6 erforderlichen Informationen wie insbesondere Brennwertmessungen im jeweiligen Netzbereich jener eines Verteilernetzbetreibers, deren Kunden nicht vollständig über Gasqualitätsmessungen bei den Kundenanlagen verfügen, Druck- und Durchflusswerten, der geometrischen bzw. hydraulischen Leitungsdaten sowie des Schaltzustandes in erforderlicher Granularität und Taktung an den MVGM</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Da wir in unserer Funktion als Verteilernetzbetreiber lediglich über einen einzigen Kunden verfügen, der noch dazu über eine Qualitätsmessung verfügt, würde diese zusätzliche Meldeverpflichtung unnötigerweise zu Zusatzkosten führen und nichts zur Verbesserung des angestrebten Zieles der vorgeschlagenen Bestimmung beitragen können. ■ Daher sollte diese Bestimmung jedenfalls einschränkend formuliert werden

25 DATENBEREITSTELLUNG DURCH DEN MVGM

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 10 Z. 7 (neu)</p> <p>7. die Übermittlung von Nominierungen der Netzkopplungspunkte Fernleitung/Verteilergebiet an die Fernleitungsnetzbetreiber</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Da die Fernleitungsnetzbetreiber ihre eigenen Netze betreiben und diverse Berechnungen (zB Nominierungssaldo, nutzbarer Netzpuffer, etc.) anstellen müssen, benötigen sie diese Informationen vom MVGM.

26 DATENBEREITSTELLUNG DURCH DIE BILANZIERUNGSSTELLE (§ 32 ABS 11)

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	<p>§ 32 Abs 10 Z. 2</p> <p>2. die stündliche tägliche Übermittlung jener aggregierten Allokationsdaten je Bilanzgruppe und Daten zum Bilanzgruppenstatus in Form von Stundenzitreihen an den MVGM, die dieser für die Informationsbereitstellung gemäß §§ 33 und 34 benötigt. Bilanzierungsstelle und MVGM haben durch entsprechende Koordination auf eine möglichst effiziente und nutzerfreundliche Bereitstellung dieser Daten hinzuwirken;</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> Die Bilanzierungsstelle verfügt über keine 24/7-Erreichbarkeit, deshalb kann konsequent und sinngemäß nur eine tägliche Datenübermittlung gemeint sein.

27 TRANSPARENZINFORMATIONEN ZUM MARKTGEBIETSSTATUS

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	<p>§ 34 Abs 1 Z. 3</p> <p>3. die stündliche Veröffentlichung der für das Marktgebiet aggregierten Daten über den nutzbaren Netzpuffer sowie die Höhe der tatsächlichen Netzpufferung (Linepack) in Relation zu den vom MVGM definierten Grenzen der Netzpufferung gemäß § 27</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> Wie bereits oben iZm § 27 angeführt, sollten die Begrifflichkeit nicht missverständlich verwendet werden, d.h. dass die Netzpufferung nicht mit dem Linepack gleichgesetzt werden kann.

FORMULIERUNGS-VORSCHLAG	<p>§ 34 Abs 1 Z. 5</p> <p>5. die tägliche Veröffentlichung der allokierten Verbräuche von Endverbrauchern getrennt [...] je Ausspeise- bzw. Zählpunkt [...]</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> Wenn wir diese Bestimmung richtig verstehen, würde diese massive datenschutzrechtliche Bedenken bei uns hervorrufen, da ansonsten Daten „je Zählpunkt“ zu veröffentlichen wären? Wenn das nicht intendiert ist, müsste wohl eine Umformulierung vorgenommen werden, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass es auch andere so verstehen könnten Wir formulieren hierzu jedoch keine Alternative, da wir davon nur eingeschränkt betroffen sind und uns nicht klar ist, welchen Zweck die Regelung verfolgt. Damit ist es allerdings schwer, eine passende Formulierung vorzuschlagen.

28 REGELUNGEN ZU FORMATEN FÜR DEN DATENAUSTAUSCH (§ 35)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 35 Abs 4</p> <p>(4) Als kleinste Einheit für Nominierungen zwischen den Marktteilnehmern im Marktgebiet wird eine kWh festgelegt. Nominierungen in MWh dürfen maximal drei Nachkommastellen und in kWh keine Nachkommastellen enthalten. Beträge sind kaufmännisch zu runden.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Nominierungen werden ausschließlich in kWh abgewickelt. Es sollte gar kein Spielraum bzw. eine Wahlfreiheit für andere Formate eröffnet werden. ■ So ist das auch in allen europarechtlichen Dokumenten so vorgesehen. ■ Daher bitte diese alte Bestimmung streichen, da sie lediglich zu zusätzlichen Abwicklungsschwierigkeiten/Umrechnungs- und IT-Aufwänden führen würde.

29 GESONDERTE REGELUNGEN ZUR KOMMERZIELLEN BILANZIERUNG (§ 41)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>§ 41 Abs 4</p> <p>(4) Wenn die Tagesunausgeglichenheit einer Bilanzgruppe negativ (d.h. die saldierten Einspeisungen des jeweiligen Gastages hinter den saldierten Ausspeisungen in den Marktgebiete Tirol und Vorarlberg zurück bleiben), wird der Grenzankaufspreis angewendet. Dieser ergibt sich als der niedrigere höhere der beiden folgenden Preise: [...]</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der höchste Preis aller physikalischen Ausgleichsenergiever- käufe gemäß § 43 Abs. 2 für den jeweiligen Gastag, oder [...]
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Der Anreiz kann nur gegeben sein, wenn der Grenzpreis über den Einkaufspreisen liegt und die Ausgleichsenergiekäufe zugrunde gelegt werden.

30 ANLAGE 3: EIN- UND AUSSPEISEPUNKTE

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<p>Als Ein-/Ausspeisepunkte gelten alle physischen Ein- und Ausspeisepunkte in das Netz des jeweiligen Marktgebietes.</p> <p>Die Ausspeisepunkte von den Fernleitungen in das Verteilergebiet werden zentral vom MVGM verwaltet und somit virtuell als ein Ausspeisepunkt behandelt. Die Ein-/Ausspeisepunkte werden vom MVGM nach Konsultation der Regulierungsbehörde auf der Online-Plattform veröffentlicht.</p>
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> Nur zur Klarstellung wollen wir festhalten, dass durch die Umformulierungen von „Verteilergebietsmanager“ auf „MVGM“ im VO-Entwurf keine Änderungen im Hinblick auf die Fernleitung einhergehen dürfen, d.h. die bisherige Praxis soll beibehalten werden.

31 ANMERKUNGEN ZU ERLÄUTERUNGEN § 24 Abs. 4

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG	<ul style="list-style-type: none"> Im Rahmen des ersten Clearings wird auch das Clearingentgelt abgerechnet. Dieses ergibt sich gemäß § 89 GWG 2011 aus dem Grad der Inanspruchnahme der Leistungen des Bilanzgruppenkoordinators (im konkreten Fall der Bilanzierungsstelle, welche dessen Aufgaben wahrnimmt) durch die jeweilige Bilanzgruppe. Die Höhe des Entgelts wird gemäß § 89 GWG 2011 durch Verordnung bestimmt. Die mengenmäßige Grundlage für die Abrechnung des Entgelts gegenüber einem Bilanzgruppen-verantwortlichen ist die (betragsmäßige) Summe sämtlicher der Allokationskomponenten der Bilanzgruppe für einen jeweiligen Gastag (für eine Bilanzgruppe mit Einspeisung von zehn Einheiten und Ausspeisung von elf Einheiten entspricht die mengenmäßige Grundlage 21 Einheiten).
BEGRÜNDUNG	<ul style="list-style-type: none"> Die Belastung der Bilanzgruppen hat möglichst verursachungsgerecht zu erfolgen. Daher sind die Unterschiede der Geschäftstätigkeit der Bilanzgruppen zu berücksichtigen. Im Rahmen der Festsetzung der Clearingfee ist folglich wie in der Vergangenheit darauf Rücksicht zu nehmen.